



Chronik

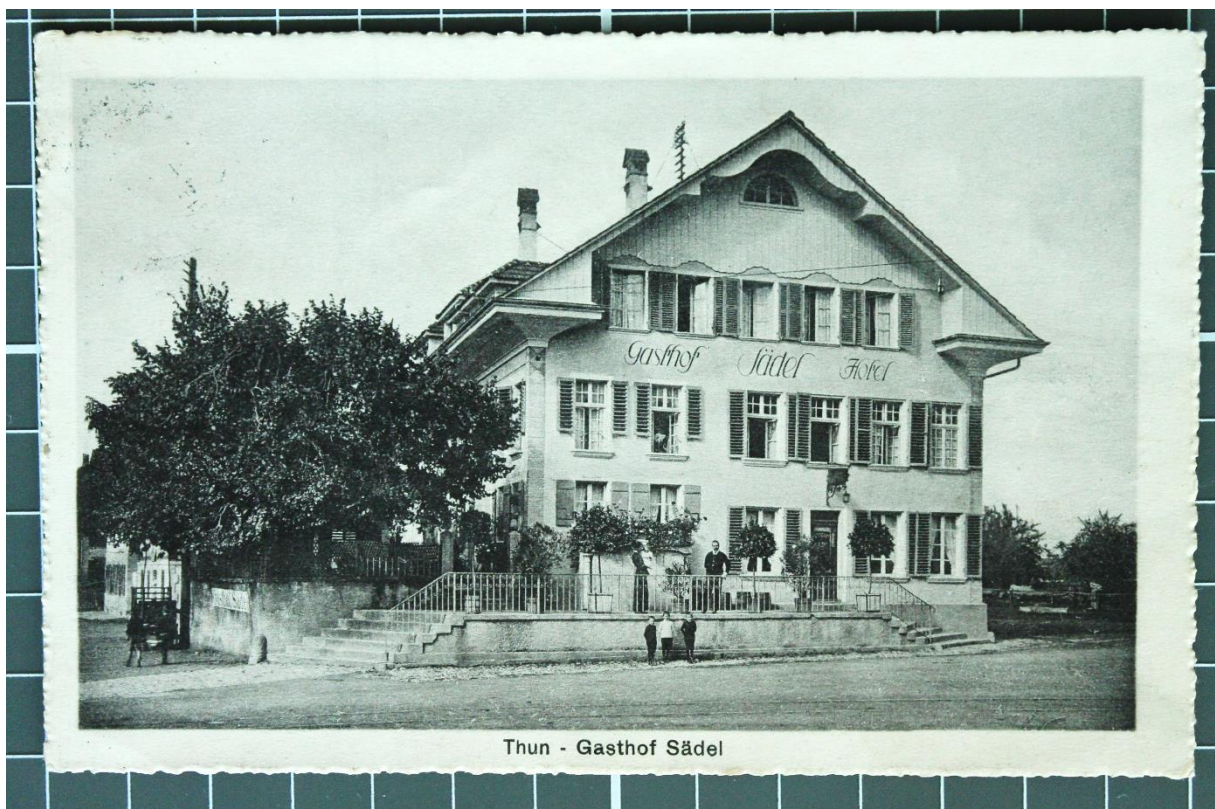
100 Jahre swissPersona 1920 bis 2020

Verfasser: Ehrenzentralpräsident Hans-Ulrich Büschi

100 Jahre swissPersona – die Gründung

Der PV EMD – ein Kind seiner Zeit

«Der Schweizerische Militärpersonalverband (SMPV) entstand in jener Zeit, in der sich die Sozialdemokratische Partei (SP) mit den Gewerkschaften um die Abschaffung der schweizerischen Armee bemühte.» Mit diesen Worten umschrieb Urs Kunz, SMPV-Zentralpräsident von 1970 bis 1985, die Umstände, die am 20. Mai 1920 zur Gründung des damaligen «Personalverbands des Eidgenössischen Militärdepartements» (PV EMD) geführt hatten.



Am 20. Mai 1920 wurde im Restaurant Sädel in Thun der «Personalverband des Eidgenössischen Militärdepartements» (PV EMD) gegründet. (Bild: Stadtarchiv Thun)

In einem Beitrag in der Verbandszeitung aus Anlass seines 80. Geburtstags führte der nachmalige Ehrenzentralpräsident und alt Nationalrat weiter aus: «Von diesen Bemühungen waren natürlich die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Militärbetrieben sehr betroffen. Sie sahen zwar die Notwendigkeit einer Interessenvertretung ein, aber nicht durch jene, die sie abschaffen wollten. So sah man die Lösung in der Schaffung eines Verbandes, der sich nicht auf die Doktrin einer Partei abstützen durfte, sondern einzig die beruflichen Interessen der Mitglieder verfolgen sollte».

Im Loyalitätskonflikt

Diese Erkenntnis hatte sich im Nachgang zum Landesstreik von 1918 herausgebildet. In dieser turbulenten Zeit, in der die Polarisierung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft die innenpolitischen Auseinandersetzungen prägte, sahen sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Militärbetriebe mit dem gewerkschaftlichen Vorwurf konfrontiert, «Streikbrecher» gewesen zu sein und die Interessen der Arbeiterschaft verraten zu haben. Bewusst wurde der Loyalitätskonflikt ausgeblendet, in dem sich die Bediensteten des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD) wegen des für sie geltenden Streikverbots befanden.

Die grundlegenden Forderungen des Oltener Aktionskomitees, das die Streikbewegung leitete, unterstützten allerdings auch sie, so die Einführung der 48-Stunden-Woche und die Schaffung einer Alters- und Invalidenversicherung. Und wie die Arbeiterschaft spürten auch sie die verheerenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Gefolge des Ersten Weltkriegs.

Akute Not

Eine grassierende Teuerung und die zunehmende Arbeitslosigkeit führten in weiten Kreisen der Arbeiterschaft zu akuten Notlagen. So wurden nach Kriegsende mehr als 700'000 Notstandsberechtigte registriert. Sogar die liberale NZZ geisselte am 28. April 1918 die «rücksichtslose industrielle Gewinn-sucht» und das «soziale Verbrechen (...), wenn in Zeiten wachsender Not gewisse Gesellschaften höhere Gewinne einstreichen, statt dass der Überschuss über die Norm dazu verwendet wird, die Preise der Produkte wenn nicht herabzusetzen, so doch länger (...) auf der gleichen Höhe zu halten».

Die Wurzeln

Die Notwendigkeit gemeinsamer Interessenvertretung wurde nicht erst angesichts dieser Not erkannt. Teile des Bundespersonals hatten sich schon Ende des 19. Jahrhunderts organisiert. 1896 wurde in Thun die «Vereinigung Eidgenössischer Beamter, Angestellter und Arbeiter» gegründet, die spätere SMPV-Sektion «Beamte und Angestellte Thun». Auch anderswo schlossen sich EMD-Bedienstete zusammen oder traten den Gewerkschaften SMUV respektive VPOD bei. 1903 entstand der Föderativverband (FÖV) als Dachorganisation des Bundespersonals.

1907 wurde der «Verein Eidgenössischer Militärangestellter» (VEMA) mit Vorort Thun gegründet, der dem FÖV beitrug. Seine Mitglieder waren auf allen Waffenplätzen der Deutschschweiz sowie in Bière vertreten, mit Schwerpunkten in Thun und Bern. Waren genügend Mitglieder vorhanden, bildeten sie Ortsgruppen, so in Andermatt (Fortwachen am Gotthard), Altdorf und Kriens.

Nicht nur im Kreis der VEMA-Mitglieder, sondern auch in nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiterverbänden fielen die revolutionären Ideen und sozialistischen Postulate der damaligen Zeit auf unfruchtbaren Boden. Als Reaktion entstand unter anderem 1919 in Zürich der Landesverband Freier Schweizer Arbeiter (LFSA) mit einem klaren Kurs gegen den politisch geführten Schweizerischen Gewerkschaftsbund.

Der Ruf vom Gotthard

Die Initialzündung zur Gründung eines politisch unabhängigen Zentralverbands des Militärpersonals kam von der Ortsgruppe Fortwachen am Gotthard. Auslöser waren Kürzungen des EMD-Budgets und dadurch bedingte, erste Entlassungen. Auch Lohnabbau und andere Einschränkungen standen ins Haus, ebenso wichtige personalpolitische Vorhaben wie die Ausarbeitung eines Beamtengesetzes, eine Besoldungsreform und die Schaffung einer Versicherungskasse für das Bundespersonal, alles «Existenzfragen erster Ordnung» gemäss Albert Bär, SMPV-Zentralsekretär von 1933 bis 1973.

Der Ruf der Fortwachen nach Unterstützung wurde vom damaligen VEMA-Vorsitzenden Otto Suter gehört. Er lud die Ortsgruppen zu einer gemeinsamen Tagung ein. An die 200 EMD-Angehörige folgten der Einladung und trafen sich am Sonntag, 20 Mai 1920, um 14 Uhr im Restaurant «Sädel» in Thun.

Ohne grosse Diskussion und ohne Gegenstimmen gründeten sie den «Personalverband des Eidgenössischen Militärdepartements» und wählten den vormaligen FÖV-Vorsitzenden und St. Galler Nationalrat Otto Weber zu ihrem Präsidenten. Otto Suter wurde zum Vizepräsidenten erkoren. Ihnen wurde laut handschriftlichem Gründungsprotokoll ans Herz gelegt, «scharf darauf zu achten, dass ja keine bolschewistischen Elemente Aufnahme finden».

100 Jahre swissPersona – die ersten 25 Jahre

Ein Verband sucht seinen Weg

Drei wesentliche Gründe bildeten die kritische Masse, die am 30. Mai 1920 zur Gründung des Personalverbands des Eidgenössischen Militärdepartements (PV EMD) führte: die Überzeugung, das Militärpersonal stehe in einem besonderen Treueverhältnis zum Arbeitgeber Staat, die daraus folgenden Verunglimpfungen als «gelbe Streikbrecher» und Abweichler von den grundlegenden Anliegen der Arbeiterschaft seitens gewerkschaftlicher Kreise sowie die wirtschaftlichen Probleme mit Lohnabbau und Entlassungen.

Von Anfang an bestanden enge Verbindungen zum Föderativverband (FÖV), bedingt durch die FÖV-Zugehörigkeit nicht weniger Verbandsgründer. Der PV EMD bemühte sich deswegen um die FÖV-Mitgliedschaft und einen Sitz in dessen Vorstand. Sein Ziel, diese Dachorganisation zur Aufgabe ihrer gewerkschaftspolitischen Ausrichtung zu bewegen, war allerdings illusorisch, der drei Jahre später in einer Urabstimmung beschlossene Austritt folgerichtig.

Der Weg zum politisch neutralen und unabhängigen Verband war damit offen, wenn auch nicht ganz hindernisfrei: Noch zweimal (1929 und 1956) wurde erfolglos versucht, den PV EMD zum Wiedereintritt in den FÖV zu bewegen. Als an der Delegiertenversammlung 1933 auch die Fusion mit dem Verband der Beamten und Angestellten der Eidgenössischen Zentralverwaltung (VBAEZ), dem heutigen Personalverband des Bundes (PVB), und damit die indirekte FÖV-Mitgliedschaft abgelehnt wurde, kam es zum Eklat: Zentralpräsident und Zentralvorstand demissionierten in globo. Es war am neu gewählten Zentralpräsidenten Ernst Steinmann, die Gegensätze zu glätten und den Verband insgesamt zu konsolidieren.

Die ersten Verbandsjahre waren ferner geprägt durch Auseinandersetzungen um organisatorische Fragen. Der Umstand, dass Zentralpräsident Otto Weber in St. Gallen wohnte, gab den Befürwortern des Vorortsprinzips Aufwind und führte an der Delegiertenversammlung 1924 zur Wahl ei-

PERSONALVERBAND
des eidg. Militärdepartements

Druck. Exped., Inseratenannahme Buchdruck. Gfeller & Ott, Thun Einsendungen für die nächste Nummer: bis spätestens 25. April		Erscheint jeden Monat einmal Sämtliche Korrespondenzen sind zu richten an: Personalverband des E.M.D., Postf. 14797, Thun II
---	---	---

Organ für sämtliche Mitteilungen des Zentralkomitees

No. 1 Thun, April 1924 I. Jahrgang

Werte Kollegen!

Nachdem unser bisheriges Organ, die Schweiz. Beamtenzeitung, mit Rücksicht auf die Stellungnahme unserm Verbands gegenüber bei Anlass unserer Differenzen mit dem Föderativverband auf Ende 1923 gekündigt wurde, hat unsere letzte Delegiertenversammlung in Luzern beschlossen, das Zentralkomitee möchte unsere Mitglieder monatlich oder nach Bedarf über Verbands- und Personalfragen durch Herausgabe eines Nachrichtenblattes auf dem Laufenden halten und wichtigere, das Personal interessierende Bundesrats- oder Verwaltungsbeschlüsse publizieren. Gleichzeitig soll diese Monatsschrift auch den einzelnen Sektionen zur Verfügung stehen behufs Bekanntgabe ihrer Mitteilungen an ihre Mitglieder.

Wir kommen damit einem längst ausgesprochenen Wunsche unserer Mitglieder und namentlich derjenigen Kollegen nach, die infolge ihres abgelegenen Wohnsitzes nicht Gelegenheit haben an Versammlungen teilzunehmen und hoffen dadurch das gemeinsame Interesse unserer Kollegen zum Wohle des gesamten Militärpersonals u. unseres Verbandes zu fördern.

Wir entbieten allen unsern werten Kollegen unsere kameradschaftlichsten Grüsse. **Das Zentralkomitee.**

**Hilfskassenfondgenossenschaft des Personals
der allgemeinen Bundesverwaltung.**

(Von Herrn Fr. Hegg in Bern.)

Der Genossenschaftsrat der Hilfskassenfondgenossenschaft (H.K.F.G.) hat am 2. März abhin in Bern zum letzten Male getagt. An dieser Tagung wurde die Auflösung der seit dem Jahre 1911 bestehenden Genossenschaft und ihre Umwandlung in den „Hilfsverein des Personals der allgemeinen Bundesverwaltung“ beschlossen. Mit dem Inkrafttreten der Versicherungskasse im Jahre 1921 hatte die H.K.F.G. ihre Aufgabe, die ihr zur Förderung der Bestrebungen zur Schaffung einer Hilfskasse gestellt war, erfüllt. Sämtliche Personalverbände haben sich dieser Bewegung angeschlossen und mit großer Einmütigkeit hat das gesamte Personal sich bereit erklärt, 1% der Besoldung

Im April 1924 erschien die erste Ausgabe des Nachrichtenblattes an die Mitglieder des PV EMD.

nes Co-Präsidenten in der Person von Walter Widmer (K+W Thun). Das Experiment wurde allerdings nach bloss einem Jahr abgebrochen und Widmer zum Zentralvizepräsidenten «degradiert». Die Verbandsleitung übernahm er dann 1929.

Sparmassnahmen und Entlassungen

Die Nachkriegsjahre standen im Zeichen drastischer Kürzungen der Rüstungsbudgets. Betroffen waren vorab die Rüstungsbetriebe, die zum Teil gravierende Arbeitsplatzverluste verzeichnen mussten. So reduzierte sich allein bei der K+W Thun der Personalbestand von 1200 Mitarbeitenden bei Kriegsende auf noch 274 im Jahr 1925. Auch die übrigen Betriebe und die Fortwachen wurden vom Personalabbau erfasst. Erst der Aufstieg des «Tausendjährigen Reichs» in Nazi-Deutschland und die energischen Bemühungen von Bundesrat Minger um die Wiederaufrüstung der Armee beendeten die Durststrecke.

Von Anfang an zeigten sich die Verbandsmitglieder solidarisch. Um soziale Härtefälle bei Entlassung und Arbeitslosigkeit zu lindern, schuf der Verband auf freiwilliger Basis eine eigene Arbeitslosen-Unterstützungskasse. Erste bescheidene Beiträge wurden schon 1921 ausbezahlt.

Besoldungsfragen und Beamtengesetz

Zu den ständigen Traktanden gehörten Besoldungsfragen und die Ausarbeitung des Beamtengesetzes. Von ihm versprach man sich sowohl die seit langem geforderte Stabilisierung der Löhne als auch die Verbeamtung aller Personalkategorien. Wegen der stark gesunkenen Teuerung und der dadurch gestiegenen Kaufkraft plante der Bundesrat Kürzungen diverser Sozialzulagen und einen Lohnabbau.

Das Beamtengesetz brachte der Arbeiterschaft nicht die gewünschte Aufnahme in das Beamtenstatut. Trotzdem wurde es in der Festschrift zum 50-Jahr-Jubiläum des PV EMD «als fortschrittlich und als der bedeutendste anstellungsrechtliche Erfolg in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts» gerühmt.

Die Wirtschaftskrise

Der Börsencrash an der Wall Street von 1929 läutete die grosse Wirtschaftskrise ein. Bald machte sie sich auch in der Schweiz bemerkbar: Einbruch der Exporte, Rückgang der Bundeseinnahmen, zunehmende Arbeitslosenzahlen. Eine unter der Ägide von EVD-Chef Schulthess tagende Konferenz der wichtigsten Arbeitnehmer- und Arbeitsgeberorganisationen markierte im März 1931 den Beginn eines langwierigen, harten Kampfs des öffentlichen Personals gegen den von Bundesrat und Parlament angestrebten substanziellen Lohnabbau. Am 4. Dezember fand eine erste grosse Protestkundgebung in Bern statt, weitere folgten im Jahr darauf.

Der Einsatz der Personalverbände machte sich bezahlt: Gegen das Abbaugesetz kam das Referendum zustande. In der Volksabstimmung vom 28. Mai 1933 wurde die Vorlage abgelehnt. Die Lohnkürzungen wurden in der Folge mit Notrechtserlassen doch noch durchgesetzt, die bis 1938 in Kraft blieben. Der Ausbruch des 2. Weltkriegs verunmöglichte zunächst die Normalisierung der Lohnsituation. Erst 1941 wurden die Kürzungen gemildert und die Lohnverhältnisse stabilisiert.

Der 2. Weltkrieg

Am 4. Juni 1939 stimmten Volk und Stände dem Ausbau der Landesverteidigung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu. Etwas mehr als zwei Monate später wurde der Grenzschutz aufgebildet, und am 1. September begann die erste Kriegsmobilmachung. Tags zuvor hatte die Vereinigte Bundesversammlung Henri Guisan zum General gewählt.

Unter dem Vollmachtregime des Bundesrats galten für das Bundespersonal neue anstellungsrechtliche Verhältnisse. So wurde unter anderem die Koalitionsfreiheit aufgehoben, das heisst das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Der PV EMD war – mit Ausnahme der Angehörigen des Festungswachtkorps – davon ausgenommen. Er hatte zudem während des ganzen Aktivdienstes einen guten Zugang zum damaligen Chef EMD, Bundesrat Kobelt.

Knapp zwei Monate vor Kriegsende in Europa konnte der PV EMD, dessen Mitgliederbestand mittlerweile die Zweitausendergrenze überschritten hatte, an seinem Gründungsort mit Genugtuung und berechtigtem Stolz seinen 25. Geburtstag feiern.

100 Jahre swissPersona – 1946 bis 1970: vom PV EMD zum SMPV

Jahre der Bewährung

Mit der Beendigung des Vollmachten-Regimes des Bundesrats wurden ab 1946 nach und nach die Überbleibsel des Zweiten Weltkriegs liquidiert. Für die Politik war erneut «Normalbetrieb» angesagt. Nicht so für den PV EMD und die übrigen Personalverbände: Der Kampf für bessere Anstellungsverhältnisse begann.



Die Beschaffung der Mirage III mündete in ein Finanzdebakel, das als «Mirage-Affäre» in Erinnerung bleibt. (Bild: Bibliothek am Guisanplatz, MPK V-1124))

Dieser Kampf war langwierig und erforderte einen langen Atem. Auf Erfolge folgten immer wieder Rückschläge, vorab im Bereich des EMD, dessen Anliegen nicht selten infrage gestellt wurden, in materieller, aber auch in Hinsicht auf die Einsatzdoktrin der Armee.

Nicht zuletzt dank der ausgezeichneten wirtschaftlichen Entwicklung brachten die Nachkriegsjahre echte sozialpolitische und arbeitsrechtliche Fortschritte, darunter die AHV, die 1948 endlich rechtskräftig wurde. Die Einführung der IV und der Erwerbsersatzordnung EO im Jahr 1960 steht für eine weitere Verstärkung des sozialen Netzwerks der Schweiz.

Auf Erfolgskurs

Eine von den Stimmberechtigten 1949 gutgeheissene Revision des Beamtengesetzes brachte die von den Personalverbänden seit langem geforderten Verbesserungen der Anstellungsverhältnisse des Bundespersonals. Als Erfolge zu verzeichnen waren ferner die etappenweise realisierte Verbeamtung des gesamten EMD-Personals sowie die neue Instruktionenordnung mit der Anerkennung des Status der Instruktionsunteroffiziere.

Ebenfalls auf der positiven Seite der personalpolitischen Bilanz stehen die Einführung der 46- beziehungsweise 44-Stunden-Woche in den Bundesbetrieben und der generellen 5-Tage-Woche in der ganzen Bundesverwaltung sowie eine neue Ämterklassifikation. Diese stellte im Urteil des früheren Zentralsekretärs Albert Bär einen «Markstein in der Entwicklungsgeschichte des Anstellungsrechtes» dar. Mit der umfassenden Besoldungsreform von 1969 wird das insgesamt positive Bild dieses Zeitabschnitts abgerundet.

Kritischer Souverän

Als Rückschlag stehen unter anderem die negativen Volksabstimmungen über die Rüstungsfinanzierungs-Vorlagen im Jahr 1952 in der Verbandschronik. Sie nötigten zu einschneidenden Abstrichen beim EMD-Budget und führten zu einem empfindlichen Personalabbau. Bundesrat und Parlament wollten das mit 1,46 Milliarden Franken schwere Rüstungsprogramm mit einem Zuschlag zur damaligen Wehrsteuer und einer neuen Getränkesteuer finanzieren. Als Alternative schlug die SPS ein «Friedensopfer» in Form einer Vermögensabgabe vor.

Beide Vorhaben fanden keine Gnade vor dem Souverän, was angesichts der damaligen internationalen Lage und der Stimmung im Land einigermassen erstaunt. Noch erstaunlicher war eine Initiative zur Halbierung der Militärausgaben, die jedoch vom Parlament als ungültig erklärt wurde.

Kalter Krieg

Damals herrschte Krieg – zwar nur ein «kalter». Er hatte mit der Zündung der ersten sowjetischen Atombombe 1949 begonnen. Mit der Detonation der amerikanischen Wasserstoffbombe 1951, der 1953 ein sowjetisches Pendant folgte, wurde das Zeitalter des atomaren Gleichgewichts mit der gegenseitigen Abschreckung eingeläutet.

Daneben markierten regionale Stellvertreterkriege das internationale Geschehen, so in Korea (1950–53) und in Indochina (1946–54) beziehungsweise Vietnam (1955–1975) sowie knapp an Waffengängen vorbeischarmende Krisen in Berlin 1948, Ungarn 1956, Kuba 1962 und der Tschechoslowakei 1968. Kurz: Die Welt glich zeitweise einem Dampfkochtopf, dessen Überdruckventil von höchst zweifelhafter Qualität war. Erst der Abschluss des Atomsperrvertrags, dem die Schweiz 1969 beitrug, vermochte die Spannungen zu entschärfen.

Geistige Landesverteidigung und Antikommunismus

Die explosive internationale Gemengelage fand naturgemäss ihren Niederschlag im Fühlen, Denken und Handeln der Schweizer Bevölkerung. Diese Zeitspanne war gekennzeichnet einerseits durch das Wiedererstarken einer vom Réduit-Gedanken mitgeprägten Widerstandshaltung. Sie manifestierte

sich in Form der sogenannten «Geistigen Landesverteidigung» auf vielfältige Weise und wurde an der Expo 1964 in Lausanne als Igel-Pavillon sicht- und erlebbar.

Andererseits gewann ein manchmal beinahe militanter Antikommunismus an Boden, namentlich nach dem Einmarsch sowjetischer Panzer in Ungarn 1956 und der Niederschlagung des «Prager Frühlings» durch die Warschauer-Truppen 1968. Gleichzeitig fanden wachsende fremdenfeindliche Tendenzen in der ersten Antiüberfremdungsinitiative ihren Ausdruck.

Aufrüstung mit Nebengeräuschen

Der Ungarn-Aufstand und dessen brutale Unterdrückung durch die UdSSR sorgten für die entscheidende Wende in der Haltung der Öffentlichkeit zur Armee. Sie fand ihren Niederschlag in der Truppenordnung 1961, die sich an der Bewegungsdoktrin der NATO orientierte. Die Folge war die Aufrüstung der mechanisierten Truppen und der Flugwaffe. Diese verlief alles andere als problemlos: Die Beschaffung der Mirage-Kampfflugzeuge wurde zum finanziellen Desaster mit parlamentarischem Nachspiel. Und die in Eigenregie produzierten Schweizer Panzer 61/68 entpuppten sich als nicht voll einsatztauglich.

Zwar profitierten sowohl die Rüstungsbetriebe des Bundes als auch die Privatwirtschaft von den Armeeaufträgen. Doch Mitte der 60er Jahre machten sich bei der K+W Thun und der W+F Bern erneut strukturelle Probleme bemerkbar, die erst mit der EMD-Reorganisation und der Schaffung der GRD beseitigt wurden.

Engagement für die Berittenen

Mit der Modernisierung der Armee kamen die Kavallerie und die mit ihnen verbundenen Infrastrukturen unter Druck. 1951 wurde die Pferderegieanstalt Thun aufgehoben. Im Gefolge der Armee 61 ging es um die Substanz der berittenen Truppen insgesamt, für deren Belange sich der Verband mit grossem Engagement einsetzte. Die Kavallerie wurde 1972 abgeschafft.

Das Pferd beziehungsweise die damalige EMPFA blieben aber noch während Jahren auf der Tagesordnung des PV EMD. Dieser firmierte seit der Delegiertenversammlung 1950 als «Schweizerischer Militärpersonal-Verband SMPV» – nicht zuletzt auf Wunsch des EMD, das sich immer wieder über fehlgeleitete Postsendungen beschwert hatte!

Impressum

Herausgeberin: swissPersona, Imp. Granges-Philing 8, 1774 Cusset

Recherche und Text: Ehrenzentralpräsident Hans-Ulrich Büschi